

Wie weiter mit einer politischen Initiative für ein Neues Normalarbeitsverhältnis?

Bernd Riexinger¹

In den letzten Jahren haben wir ja viele kleinere und größere Kämpfe erlebt, sei es in den Betrieben oder in Tarifaueinandersetzungen. Aber daraus entsteht noch keine politische Auseinandersetzung um die bessere Regulierung der Arbeitsverhältnisse. Gute Arbeit, gute Löhne und mehr Zeit zum Leben für alle Beschäftigten lassen sich aber nur durch eine Auseinandersetzung auf der politischen (!) Ebene durchsetzen. Es kommt darauf an, gesellschaftlichen Druck aufzubauen, die politischen Kräfteverhältnisse zu verschieben und die Regierung zum Handeln zu „zwingen“. Das ist ansatzweise beim gesetzlichen Mindestlohn gelungen. Selbst eine konservative Kanzlerin musste ein Mindestlohngesetz unterzeichnen, weil eine gesellschaftliche Mehrheit Armutslöhne nicht mehr akzeptieren wollte. Das Beispiel Mindestlohn zeigt aber gleichzeitig, dass es nicht genügt nur eine Stellschraube zu verändern, um die Verhältnisse nachhaltig zu verbessern.

Wo können wir ansetzen, um Einstiege in ein Neues Normalarbeitsverhältnis durchzusetzen?

I. „Löhne, die für ein gutes Leben reichen“

Etwa 40-50 Prozent aller Beschäftigten kommen mit ihrem Lohn kaum über die Runden, neben dem Niedriglohnsektor betrifft das auch viele Beschäftigte, deren Löhne seit Jahren stagnieren oder von steigenden Mieten „aufgefressen“ werden. Lasst uns eine gemeinsame politische Initiative für höhere Löhne, Tarifbindung für alle Beschäftigten und gegen prekäre Arbeitsverhältnisse starten! Diese kann von entschlossenen gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen in unterschiedlichen Bereichen ausgehen. Wir sollten ausgehend von solchen „Brennpunkten“ in bestimmten Branchen wie Handel, Logistik, Reinigung, Pflege u.a. perspektivisch ein Bündnis Aktiver aus unterschiedlichen Gewerkschaften, aus Sozialverbänden, Bewegungsinitiativen und Parteien aufbauen.

Ins Zentrum sollten wir die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes auf 12 Euro die Stunde und die Erweiterung der Tarifbindung rücken. Dafür gibt es heute schon gesellschaftliche Mehrheiten. Es ist beschämend, dass dazu nichts im Koalitionsvertrag geregelt ist. Druck muss jetzt außerparlamentarisch aufgebaut werden. 8,50 Euro bedeutet definitiv Altersarmut. Außerdem können die Menschen davon kaum leben oder in den Ballungsräumen ihre Miete bezahlen. Deshalb ist es eine zentrale Aufgabe den auch im internationalen Vergleich zu niedrigen Mindestlohn zu skandalisieren und klare Ansprüche an eine deutliche Erhöhung zu stellen. Wenn eine neue

¹ (Rede beim Abschlusspodium der RLS-Konferenz „Politische Initiative für ein Neues Normalarbeitsverhältnis am 27. April in Berlin)

Untergrenze durchgesetzt wird, ermöglicht das den Gewerkschaften höhere Tarifröhne durchzusetzen.

Das wird aber nur gelingen wenn die Tarifbindung wieder zum Normalzustand wird. Es ist völlig aussichtslos dieses Ziel durch die klassischen Formen gewerkschaftlicher Arbeit zu erreichen. Das ist der Häuserkampf, um einzelne Betriebe in den Arbeitgeberverband zu zwingen. Um weiter zu kommen stellen verschiedene Gewerkschafter verstärkt Organizer*innen ein, um nicht tarifgebundene Betriebe zu organisieren. Das muss natürlich gemacht und sogar intensiviert werden, wird aber das Problem alleine nicht lösen. Es ist völlig unrealistisch im Einzelhandel in hunderten von Filialen, die z.B. von Edeka oder Rewe auf Franchiseunternehmen ausgegliedert wurden flächendeckend Häuserkämpfe zu organisieren.

Am wichtigsten ist die Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen. Es muss ausreichend sein, wenn sie von einer Gewerkschaft beantragt wird. Das ist eine einfache und klare Forderung, für die ohne weiteres gesellschaftliche Mehrheiten gewonnen werden können. Hier sollten sich die Gewerkschaften auch nicht scheuen, die SPD in die Verantwortung zu nehmen. Sie hat im Wahlkampf die Verbesserung der Tarifbindung versprochen.

Ich bin sicher: die vielen Beschäftigten im Einzelhandel wären dafür sofort zu gewinnen. Sie hätten wichtige Bündnispartner in den feministischen Gruppen, bei anderen Beschäftigten und selbst gewerkschaftlich orientierte SozialdemokratInnen würden das unterstützen. Es wäre sinnvoll, die Pflegeberufe einzubeziehen mit der Forderung nach 14,50 Euro gesetzlichem Mindestpflegelohn für die Altenpflege. Ich bin überzeugt: die Sozialverbände und große Teile der Bevölkerung würden das unterstützen. Die Gewerkschaften würden nebenbei noch Werbung für Tarifverträge und damit für sich selbst machen. Als dritte Forderungsebene sollten wir damit die Forderungen nach sozialer Absicherung statt Minijobs und Schluss mit Lohndumping durch Werkverträge, Leiharbeit und Ausgliederungen verbinden. Eine solche gesellschaftliche Auseinandersetzung wäre „verbindende Klassenpolitik“ im besten Sinne des Wortes. Verschiedene Gruppen von Beschäftigten, tarifgebundene, wie nicht tarifgebundene, Kernbeschäftigte und Ausgegliederte, könnten sich dahinter versammeln und zu einer politisch nicht länger zu ignorierenden Größe werden.

2. Den Kampf für eine bessere Pflege und die Aufwertung der sozialen Arbeit zu einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung machen

Es gibt kaum ein anderes Thema, bei dem sich die Interessen so vieler unterschiedlicher Gruppen bündeln lassen, wie beim Kampf gegen den Pflegenotstand. Patienten*innen, zu Pflegende, ihre Verwandten und die Beschäftigten leiden gleichermaßen unter dem Pflegenotstand, der politisch verursacht ist. Tatsächlich fehlen 100 000 Krankenpfleger*innen und 40 000 Altenpfleger*innen. Der Kampf gegen den Pflegenotstand, für mehr Personal und bessere Bezahlung ist ein exemplarischer Kampf. Am Zustand der Pflege zeigt sich, wie der Staat oder die Gesellschaft mit Kranken, Alten oder anderen zu pflegenden Menschen umgeht und unter welchen Bedingungen die Beschäftigten diese wichtige soziale Arbeit verrichten. Zwischenzeitlich ist zumindest in Teilen der Öffentlichkeit angekommen, welche Verwüstungen die neoliberale Politik im Bereich der Pflege angerichtet hat. Es geht deshalb um eine Pflege, die bedarfsorientiert arbeitet und nicht den Gesetzmäßigkeiten von Markt, Wettbewerb und Profitmaximierung untergeordnet wird. Alles in Allem, beste Voraussetzungen für eine groß angelegte gesellschaftliche Auseinandersetzung, bei der Beschäftigte und ihre Gewerkschaften, Sozialverbände und linke Parteien an einem Strang ziehen können. Das Thema ist inzwischen so hoch besetzt, dass die politisch Verantwortlichen durchaus druckempfindlich sind.

Die LINKE startet am 12. Mai 2018 eine politische Kampagne unter dem Motto: „Menschen vor Profite – den Pflegenotstand stoppen“. Gefordert werden 100 000 Pflegekräfte mehr in der Krankenpflege und 40 000 in der Altenpflege. Außerdem eine gesetzlich geregelte Mindestpersonalbesetzung in den Krankenhäusern und 14,50 Euro gesetzlichen Mindestlohn für die Altenpflege. Krankenhausschließungen müssen gestoppt und die medizinische Versorgung auf dem Land verbessert werden. Diese Forderungen decken sich in der Grundrichtung mit den gewerkschaftlichen Zielen und den Positionen der Sozialverbände. Sie sollen mit Hilfe der Kampagne in der Gesellschaft verankert und mehrheitsfähig werden. Auf allen Ebenen, in den Betrieben und in den Kommunen ist Mobilisierung angesagt.

III. Arbeitszeiten, die zum Leben passen – für eine neue Offensive für Arbeitszeitverkürzung

Die Tarifaueinandersetzung der IGM um Arbeitszeitverkürzung hat gezeigt, dass Interesse an lebensfreundlicheren Arbeitszeiten besteht und dafür in den Betrieben mobilisiert und sogar gestreikt werden kann. Wir sollten das Tarifergebnis der IGM deshalb nicht als Ende einer Auseinandersetzung begreifen, sondern als Anfang für eine gesellschaftlich weiterreichende Initiative gegen Dauerstress und für Arbeitszeiten, die zum Leben passen.

Die Grundidee für ein neues Normalarbeitsverhältnis ist eine wöchentliche Arbeitszeit zwischen 28 und 35 Stunden, die sich nach den unterschiedlichen Lebenslagen der Beschäftigten richtet. Bei dieser kurzen Vollzeit würden die strukturell Unterbeschäftigten wie MinijobberInnen länger arbeiten können und diejenigen, die Vollzeit und Überstunden machen, entsprechend verkürzen. Beide Gruppen könnten von ihrer Arbeit leben und Leben und Arbeiten besser miteinander verbinden. So wollen zum Beispiel 73 Prozent der teilzeitbeschäftigten Frauen eine Erhöhung ihrer Arbeitszeit. Aber: 57 Prozent der Beschäftigten würden gerne kürzer arbeiten, können sich das aber bei finanziellen Einbußen nicht leisten. Deshalb wäre es ein großer Fehler, auf die Forderung nach Lohnausgleich zu verzichten. Deshalb sollte unsere Botschaft sein: *„28 bis 35 Stunden Arbeit – mit Löhnen, die für ein gutes Leben reichen“*. Dieses gemeinsame Interesse gilt es zu formulieren und die Erwerbslosen zu gewinnen. Statt des menschenunwürdigen Hartz-IV-Systems sollte der Staat in „gute Arbeit“ in kurzer Vollzeit, in Weiterqualifizierung und gerechte Verteilung der Arbeit investieren.

Dauerstress stoppen – mehr Personal statt Überstunden!

Eine neue Arbeitszeitoffensive wird nur an Fahrt gewinnen, wenn wir dem Dauerstress, dem die meisten Beschäftigten ausgesetzt sind, den Kampf ansagen. Egal ob sie bei Amazon oder bei der Post, bei Lidl oder Edeka, im Krankenhaus oder im Pflegeheim, in der IT-Abteilung, im Büro oder in der Fabrik arbeiten - fast alle machen die Erfahrung von erhöhtem Leistungsdruck, Dauerstress und stärkeren gesundheitlichen Belastungen. Arbeit darf nicht krank machen und menschliche Bedürfnisse müssen den Vorrang vor Profitinteressen haben. Daher braucht es dringend eine Anti-Stress-Verordnung, wie sie auch von verschiedenen Gewerkschaften gefordert wird. Alle Beschäftigten müssen z.B. ein Recht auf Nichterreichbarkeit außerhalb der Arbeitszeit bekommen. Die Arbeitsmenge muss so bemessen sein, dass sie in der vertraglichen Arbeitszeit geleistet werden kann. Das erfordert direkte Vetorechte für die Beschäftigten gegen unzumutbare Arbeitsbelastungen und erweiterte Mitbestimmung der Betriebsräte. Arbeit auf Abruf wollen wir auf wenige Ausnahmen (z.B. Notdienste) beschränken. Beschäftigte müssen für ihre Bereitschaft zu besonderer Flexibilität mit zusätzlichem Freizeitausgleich entschädigt werden.

Eine neue Arbeitszeitinitiative sollte sich gegen den Vorstoß der Arbeitgeber und der Großen Koalition zu einer Verlängerung des Arbeitstages durch „flexiblere“ Tageshöchstleistungszeiten richten und dabei in die Offensive gehen: für eine verbindliche Obergrenze bei der Wochenarbeitszeit. Um Überstunden zu begrenzen, sollte die durchschnittliche Wochenhöchstleistungszeit auf 40 Stunden begrenzt werden. Entscheidend für eine erfolgreiche Kampagne gegen den Dauerstress, ist das Problem zu einem kollektiven und gesellschaftlichen zu machen. In der Regel wird der Leidensdruck individuell verarbeitet.

Es gibt genügend gute Beschlüsse aus fast allen Einzelgewerkschaften des DGB für weitere Schritte der Arbeitszeitverkürzung. Der nächste große Schritt, der eine gesellschaftliche Signalwirkung haben könnte wäre: die nächste Tarifrunde des Öffentlichen Dienstes. Bis dahin ist jetzt genügend Zeit zur Vorbereitung, die wir gemeinsam nutzen sollten. Der Öffentliche Dienst sollte – bei der nächsten Tarifrunde - eine Vorreiterrolle für eine neue Runde der Arbeitszeitverkürzung übernehmen! Die Beschlusslage ist längst gegeben. Die Arbeitszeit beträgt bei den Kommunen und im Bund in der Regel 39 Stunden (es gibt unterschiedliche Arbeitszeittarifverträge von Land zu Land) oder ist teilweise noch länger in den Ländern. Sie hinkt also deutlich hinter dem industriellen Sektor zurück. Die Arbeitsbelastung hat in fast allen Bereichen zugenommen. Gerade in der Pflege, im Bereich der Sozial- und Erziehungsdienste, bei den Schichtbetrieben im Verkehr oder bei den Ver- und Entsorgungsbetrieben. Dazu müsste eine umfassende Kampagne zur Vorbereitung einer erfolgreichen Tarifrunde entwickelt und auf die Beine gestellt werden.

Mehr Zeit zum Leben

Wir sollten die Auseinandersetzung konsequent als eine gesellschaftspolitische führen: in welcher Gesellschaft wollen wir leben? Wie wollen wir arbeiten und leben? Zeitwohlstand und die Anpassung der Arbeitszeit an die jeweiligen Lebensinteressen, Lebenslagen und Lebensphasen sind wichtige Bestandteile eines neuen Wohlstandsmodells für alle ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Dies berührt zugleich die Frage der Geschlechtergerechtigkeit. Es sind ja überwiegend Frauen, die in Teilzeitarbeit beschäftigt sind. Wir schleppen die antiquierten Reste des überkommenen Rollenverständnisses „Hauptverdiener Mann, Dazuverdienerin Frau“ mit uns herum. Das von uns vorgeschlagene Wahlarbeitszeitgesetz könnte eine gute Grundlage bieten, um eine gesellschaftliche Debatte loszutreten und eine politische Kampagne aufzubauen! Träger einer politischen Initiative wären deshalb nicht nur die Gewerkschaften. Feministische Organisationen, Erwerbsloseninitiativen, Sozialverbände, attac, kirchliche Initiativen und sogar Teile der SPD und der Grünen könnten dafür sorgen, dass es große Wellen schlägt, wenn erst einmal der Stein ins Wasser geworfen wird. Als Linke in den Gewerkschaften sollten wir hier die Initiative zu ergreifen!

Veranstaltungen in möglichst vielen Städten und Gewerkschaftsgliederungen sind wichtig, um den Vorschlag einer Kampagne für die kurze Vollzeit mit mehr Menschen zu diskutieren und bekannter zu machen. Bei der „Linken Woche der Zukunft“ vom 13. bis 16. September in Berlin, zu der über 1000 Teilnehmende erwartet werden, soll das Thema Arbeitszeitverkürzung eine wichtige Rolle spielen und gemeinsam können wir da schon einen Schritt weiter kommen.